

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **14.09.2017** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-WALV/007

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:38 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:37 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:18 Uhr

Anwesend: stellv. Vorsitzender

Kaever, Volkhard Dr.

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Dralle, Karl-Heinz
Fleischmann, Michael bis TOP 9
Frick, Anne
Lentz, Stefan
Meyer, Andreas
Morich, Hans-Dieter

stellv. Mitglied/Mitglieder

Köneke, Klaus Vertretung für Herrn Barthold Plaß

Beratende/s Mitglied/er

Arand, René
Meyer, Karl-Heinz bis TOP 8

Verwaltung

Baxmann, Alfred ab TOP 3
Herbst, Rainer
Krause, Julia
Scholz, André

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 10.08.2017
3. Mitteilungen des Bürgermeisters

4. Querungshilfe Hülptingsen - Varianten
Vorlage: 2017 0306
5. Teileinziehung der öffentlichen Straße "Die Alten Gärten" im Bereich zwischen Senator-Hilmer-Straße und Verbindungsweg zur Senator-Hilmer-Straße
Vorlage: 2017 0310
6. Hänigser Straße - Weferlingsen
Sanierung der Fahrbahn und der Seitenbereiche

Bezug: Vorlage Nr. 2016-0078 und 2016-0078/1
Vorlage: 2017 0332
7. Prüfung zur Errichtung einer Bushaltestelle Burgdorfer Karree (Weserstraße) - Antrag der CDU/FDP- Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 17.07.2017 -
Vorlage: 2017 0320
8. Einrichtung eines Notfall-Orientierungs-Systems im Stadtgebiet von Burgdorf - Antrag der SPD-Fraktion vom 18.08.2017 -
Vorlage: 2017 0334
9. Aufhebung der Sperrung des Fuß- und Radweges entlang der alten B 3 zwischen Ortsausgang Schillerslage und Alt Engenser Weg - Antrag von Herrn Cord Reißer vom 23.08.2017 -
Vorlage: 2017 0340
10. Errichtung einer Barriere für den Bürgersteig Ecke Mönkeburgstraße / Leuschnerstraße - Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2017 -
Vorlage: 2017 0344
11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 11.1. Anfrage gemäß GO hier: Ramlingen, Vizestraße
Vorlage: 2017 0358
12. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der stellv. Ausschussvorsitzende, **Herr Dr. Kaefer**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Dr. Kaefer begrüßt Frau Frick als neues Ausschussmitglied. Herr Plaß lässt sich entschuldigen.

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 10.08.2017**

Beschluss:

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am **10.08.2017** wird mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **einstimmig** genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Herbst teilt mit, dass

a) die Messprotokolle der Straßenverkehrsabteilung als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt sind.

b) Baumfällungen an Kreisstraßen durch die Straßenmeisterei geplant sind. Die entsprechende Mitteilung ist als **Anlage 2** dem Protokoll beigelegt. Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Kaever** teilt **Herr Herbst** mit, dass keine Nachpflanzungen geplant sind.

c) über den Deutschen Städtetag eine Mitteilung gekommen ist, dass Toll Collect plant, auch auf Bundesstraßen Mautstellen einzurichten. Im Stadtgebiet Burgdorf sind die B3 sowie die B188 betroffen. Ein entsprechendes Schreiben wird als **Anlage 3** dem Protokoll beigelegt.

4. **Querungshilfe Hülptingsen - Varianten Vorlage: 2017 0306**

Herr Dr. Kaever berichtet über die bisherige Beratung zu dem Thema.

Herr Apel teilt mit, dass die möglichen Varianten für eine Querungshilfe von der Verwaltung in der Vorlage 2017 0306 vorgestellt wurden. Die Kosten für die Variante 2.1 sind sehr hoch, so dass eine Lichtsignalanlage (LSA) deutlich günstiger ist. Alle Varianten wurden in der bisherigen Beratung ausreichend diskutiert. Die notwendigen Querungszahlen werden nicht erreicht. Er zitiert aus der Richtlinie FGÜ210 die Ausnahmeregelung unter Punkt 3. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass ein Ausnahmegrund gemäß dieser Richtlinie vorliegt, da es sich um besonders schutzwürdige Personen handelt. Eine LSA an dieser Stelle ist sinnvoll. Entsprechend wird der Antrag gestellt, dass als Querungshilfe eine LSA aufgestellt wird.

Herr Herbst ergänzt, dass die Richtlinie aber auch besagt, dass die Aufstellung einer LSA in einer Tempo 30-Zone nicht zulässig ist.

Herr Arand glaubt nicht daran, dass die Querung der Straße Vor den Höfen nur an dieser einen Stelle erfolgt. Nicht nur morgens müssen Kinder die Straße queren, sondern auch zu anderen Tageszeiten. Ob sie dann auch die Querungshilfe nutzen oder aber doch den kürzeren Weg wählen, ist fraglich. Er warnt davor etwas zu schaffen, was den gewünschten Zweck vielleicht nicht erreicht. Es ist nicht möglich, die Kinder absolut sicher zur Schule zu führen. Für die Umsetzung dieser Maßnahme müssen hohe Kosten aufge-

wendet werden. Er gibt zu bedenken, dass später auch an anderen Stellen Querungshilfen gewünscht werden. Diese Kosten müssen dann auch berücksichtigt werden.

Herr Dr. Kaever erinnert daran, dass der Wunsch nach einer Querungshilfe durch die Änderung des Schulbezirkes entstanden ist. Die Diskussion hat bisher ergeben, dass der Fokus eher bei der LSA liegt und nicht mehr unbedingt bei einem Fußgängerüberweg (FGÜ).

Herr Apel erinnert daran, dass es früher an dieser Stelle schon eine LSA gegeben hat. Kinder müssen geschützt werden, aber auch ältere Personen können diese Querungshilfe dann nutzen.

Herr Fleischmann ist auch der Meinung, dass Kinder besonders geschützt werden müssen. Hier müssen andere Maßstäbe gelten. Er weist darauf hin, dass die Schülerzahlen noch steigen werden.

Herr Morich schätzt, dass Eltern ihre Kinder auch trotz einer LSA begleiten werden. Wenn die Aufstellung an dieser Stelle erfolgt, dann werden sicherlich noch weitere Orte folgen. **Herr Dr. Kaever** antwortet, dass vielleicht weitere Anfragen gestellt werden. Jedoch muss dann jeder Fall einzeln geprüft werden. Hier liegt ein Ausnahmegrund vor, der begründet ist. Das trifft nicht automatisch auch auf andere Situationen zu.

Herr Arand erinnert daran, dass die Anlegung von FGÜ an dem Kreisel Weserstraße aufgrund der Kosten zurückgestellt wurde. Die finanziellen Mittel der Stadt müssen mit Bedacht ausgegeben werden.

Herr Köneke berichtet aus Beinhorn. Dort müssen die Kinder ebenfalls eine Straße queren. Die Geschwindigkeit ist hier auf 70 km/h beschränkt. Die Schulkinder werden am Anfang begleitet und damit auf die Verkehrssituation vorbereitet, so dass sie nicht immer auf die Eltern angewiesen sind. Nach dieser Einweisung dürfen die Kinder alleine gehen.

Herr Herbst weist darauf hin, dass ein Beschluss zur Aufstellung einer LSA von der Straßenbehörde nicht umgesetzt wird. Ein solcher Beschluss wird zunächst der Kommunalaufsicht zur Prüfung vorgelegt.

Da über die vorgeschlagenen Varianten zur Anlegung einer Querungshilfe ausreichend beraten wurde, lässt der stellv. Ausschussvorsitzende, **Herr Dr. Kaever**, über die Vorlage wie folgt abstimmen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr fasst mit **5 Ja-Stimmen** und **4 Nein-Stimmen** folgenden **mehrheitlichen** empfehlenden

Beschluss:

Die Aufstellung einer Lichtsignalanlage soll wie in der Variante 2.2 der Vorlage 2017 0306 vorgestellt werden. Dazu ist die Tempo 30-Zone aufzuheben und als 30 km/h Strecke auszuweisen.

- 5. Teileinziehung der öffentlichen Straße "Die Alten Gärten" im Bereich zwischen Senator-Hilmer-Straße und Verbindungsweg zur Senator-Hilmer-Straße
Vorlage: 2017 0310**
-

Einstimmig fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr folgenden empfehlenden

Beschluss:

Das Verfahren zur Teileinziehung des westlichen Bereichs der öffentlichen Straße „Die Alten Gärten“ (zwischen Senator-Hilmer-Straße und dem Verbindungsweg zur Senator-Hilmer-Straße) wird eingeleitet. Die Widmung soll künftig auf den Geh- und Radverkehr beschränkt werden.

**6. Hänigser Straße - Weferlingsen
Sanierung der Fahrbahn und der Seitenbereiche**

**Bezug: Vorlage Nr. 2016-0078 und 2016-0078/1
Vorlage: 2017 0332**

Herr Dr. Kaefer erinnert daran, dass die ursprüngliche Vorlage die Sperrung bzw. andere Ausbauvarianten beinhaltet hat. Der Beschluss damals war, dass weitere preiswertere Ausbauvarianten durch die Verwaltung vorgeschlagen werden.

Herr Arand befürwortet die vorgeschlagene Ausbauvariante 6.

Herr Andreas Meyer erkundigt sich, ob die Anlieger bei den vorgestellten Varianten an den Kosten beteiligt werden. Zudem fragt er, warum bei der Berechnung unterschiedliche Preise zugrunde gelegt werden. Bei der einen Variante wird beim Einbau von Banketten 25,50 €/lfdm berücksichtigt, bei der anderen 14,00 €/lfdm. **Herr Herbst** antwortet, dass Anliegerbeiträge bei beiden Varianten in Höhe von voraussichtlich ca. 25.000 € (insgesamt) von den Anliegern erhoben werden. Die Kostenschätzung ist anhand von vorherigen Maßnahmen erfolgt. Bei Variante 6 werden die Arbeiten nur auf der Südseite ausgeführt, nicht auf beiden Seiten. Das wirkt sich auch auf die Preisermittlung aus.

Herr Dralle berichtet, dass er mit dem Ortsvorsteher von Weferlingsen, Herrn Kracke, sowie mit zwei anliegenden Landwirten gesprochen hat. Diese befürworten den Ausbau, wie in Variante 6 vorgestellt. Die Landwirte sind auch bereit, entsprechende Anliegerbeiträge zu zahlen.

Herr Morich befürwortet einen Ausbau der Hänigser Straße, da dadurch eine Qualitätsverbesserung erreicht wird. Nach jahrelangen Ausbesserungsarbeiten muss nunmehr ein vernünftiger Ausbau gemacht werden.

Herr Karl-Heinz Meyer weist darauf hin, dass es ein Verbindungsweg bleiben wird. Daher hält auch er die Variante 6 für sinnvoll. Die ständigen Ausbesserungsarbeiten sind nur von kurzer Dauer, so dass ein Ausbau erfolgen muss.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr fassen mit **6 Ja-Stimmen** und **3 Nein-Stimmen** mehrheitlich folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt Haushaltsmittel für die Sanierung der Hänigser Straße gem. Variante 6 für den Haushalt 2018 anzumelden und nach Mittelbereitstellung den Ausbau durchzuführen.

7. Prüfung zur Errichtung einer Bushaltestelle Burgdorfer Karree (Weserstraße) - Antrag der CDU/FDP- Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 17.07.2017 - Vorlage: 2017 0320

Herr Herbst berichtet, dass die Verwaltung bereits vor einigen Monaten von den Geschäftsleuten auf die Einrichtung einer Bushaltestelle am Burgdorfer Karree angesprochen wurde. Es wurden bereits Anträge auf entsprechende Förderung gestellt sowie mit der RegioBus gesprochen.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass der Antrag zur Kenntnis genommen wird und als erledigt betrachtet wird.

8. Einrichtung eines Notfall-Orientierungs-Systems im Stadtgebiet von Burgdorf - Antrag der SPD-Fraktion vom 18.08.2017 - Vorlage: 2017 0334

Herr Arand erläutert den Antrag. Mit den Notfall-Schildern soll gewährleistet werden, dass die Hilfe schnell an den Notfallort gelangen kann. Er zeigt ein entsprechendes Musterschild herum. Ein Schild kostet etwa 30 €. **Herr Arand** ist bereit, 10 Schilder zu sponsern. Weitere 10 Schilder würde die SPD übernehmen.

Herr Apel verweist auf einen Hinweis von Herrn Gawlik aus dem Jahr 2012. Damals wurde auf ein ähnliches Projekt hingewiesen. Herr Apel bezweifelt, dass ausreichend Sponsoren gefunden werden. **Herr Arand** berichtet, dass das damalige Projekt weitaus komplizierter war. Nach der Notfallmeldung würde man erst eine SMS der Polizei bekommen, wonach man die Freigabe der persönlichen Daten erst bestätigen muss. Dazu muss man ein internetfähiges Handy dabei haben. Fraglich ist, ob man in einer Notsituation dem so einfach folgen kann. Einfacher ist da die Absetzung eines Notrufes, bei dem man auf die Nummer des Notfallschildes verweisen kann.

Herr Morich befürwortet die Idee zur Aufstellung von Notfallschildern. Auch **Herr Lentz** begrüßt die Schilder, da sie ohne Technik zu nutzen sind. Er stellt jedoch in Frage, ob die Notfallsituationen immer genau an einem Schild eintreffen.

Herr Baxmann teilt mit, dass ein Kataster zur Aufstellung der Schilder angelegt werden muss. Diese Kosten müssten dann von der Stadt getragen werden. **Herr Herbst** ergänzt, dass zunächst Kontakt mit der Region aufgenommen werden sollte. Die Region hat das Netz für die Fahrradwegweiser aufgebaut. Vielleicht kann man dieses auch für die Notfallschilder nutzen. Sofern Interesse der Region an einem solchen Projekt besteht, pflegt diese möglicherweise auch das Kataster.

Nach weiterer Diskussion sind sich die Ausschussmitglieder darüber einig,

dass die Verwaltung zunächst weitere Informationen einholen soll. Dazu soll Kontakt mit der Region, Nachbargemeinden sowie den Landesforsten aufgenommen werden. Der Wirkungsgrad solcher Notfallschilder soll ermittelt werden und welche Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen werden müssen.

Wenn die Verwaltung die Informationen eingeholt hat, soll im Rahmen einer Mitteilungsvorlage darüber informiert werden.

Einstimmig fassen die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung nimmt Kontakt mit der Region Hannover, den Nachbargemeinden sowie den Landesforsten auf. Der Wirkungsgrad von Notfallschildern sowie die Voraussetzungen für die Umsetzung sollen ermittelt werden. Die Informationen werden über eine Mitteilungsvorlage zur Verfügung gestellt.

9. Aufhebung der Sperrung des Fuß- und Radweges entlang der alten B 3 zwischen Ortsausgang Schillerslage und Alt Engenser Weg - Antrag von Herrn Cord Reißer vom 23.08.2017 - Vorlage: 2017 0340

Herr Dr. Kaefer berichtet, dass sich der Ausschuss in der Vergangenheit bereits mehrfach mit dem Thema befasst hat. Er fragt nach, was der damalige Grund für die Sperrung war. **Herr Herbst** antwortet, dass damals immer wieder Anfragen zum Rückschnitt der Büsche an dem Weg von Bürgern an die Verwaltung herangetragen wurden. Weiterhin war die Befestigung uneben. Aufgrund der Verlegung der B3 war der Radweg nicht mehr zwingend erforderlich. Somit wurde er gesperrt, um weitere Investitionen zu vermeiden. Die alte B3 ist inzwischen eher wie ein Wirtschaftsweg anzusehen. Zur Klarstellung teilt **Herr Herbst** mit, dass der Bereich nie in der Straßenreinigungssatzung aufgeführt war, da der Weg außer Orts liegt und keine Anlieger hat. Es wurde zwar Winterdienst gemacht, allerdings wurde dieser nicht abgerechnet. Der Weg war zwar nicht in der Satzung aufgeführt, jedoch im Reinigungsplan der Stadt.

Herr Dr. Kaefer erkundigt sich, ob man den Weg einfach zuwachsen lassen kann. **Herr Herbst** antwortet, dass man den Weg auch entsiegeln kann. Dann besteht die Möglichkeit, diesen für Kompensationsmaßnahmen heranzuziehen.

Herr Köneke fragt, ob der Weg im Zuge der Umgehungsstraße B188n gebaut wurde und ob die Stadt den Weg gegen eine Ablösesumme übernommen hat. Dies verneint **Herr Herbst**. Den Weg gab es schon vor der Umgehungsstraße. Im Zuge der Abstufung der alten B3 wurde das Teilstück zur Gemeindestraße.

Herr Apel zeigt ein Bild, worauf ersichtlich ist, dass der Weg trotz Sperrung genutzt wird. Dem Ortsrat Schillerslage scheint es ein wichtiges Thema zu sein. **Herr Baxmann** weist drauf hin, dass der Weg dann auf eigene Gefahr genutzt wird. Die Verwaltung hat bereits mehrfach erläutert, warum der Weg gesperrt wurde und warum er nicht wieder freigegeben werden kann.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder sind sich drüber einig, dass der Antrag zurück in den Ortsrat Schillerslage überwiesen werden soll. Der Ortsrat soll darüber entscheiden, ob der Weg entsiegelt werden soll und damit für spätere Kompensationsmaßnahmen genutzt werden kann.

Herr Fleischmann war zur Abstimmung über den Antrag nicht mehr anwesend.

10. Errichtung einer Barriere für den Bürgersteig Ecke Mönkeburgstraße / Leuschnerstraße - Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2017 - Vorlage: 2017 0344

Herr Apel erläutert den Antrag. Mit der Errichtung einer Barriere soll erreicht werden, dass die Radfahrer an der Stelle langsamer fahren.

Herr Herbst teilt mit, dass eine Barriere dort nicht aufgestellt werden kann. Es wäre sonst keine Straßenreinigung und kein Winterdienst mehr möglich. Allerdings soll mit dem Anwohner gesprochen werden, ob dieser bereit ist, die Höhe der Hecke an der Stelle zu verringern.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Antwort zur Kenntnis und befürworten, dass die Verwaltung Kontakt zu dem Anwohner aufnimmt.

11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

11.1. Anfrage gemäß GO hier: Ramlingen, Vizestraße Vorlage: 2017 0358

Herr Apel hat keine weiteren Fragen zu der Anfrage.

12. Anregungen an die Verwaltung

1) Frau Frick erkundigt sich, warum die Straße „Stegefeldbusch“ kürzlich als „Spielstraße“ ausgewiesen wurde. **Herr Herbst** antwortet, dass damals ein solcher Beschluss gefasst wurde, es allerdings versäumt wurde, das entsprechende Schild aufzustellen. Dies ist im Rahmen einer Überprüfung aufgefallen und wurde jetzt nachgeholt.

2) Frau Frick erkundigt sich außerdem nach dem Sachstand zur Einrichtung eines öffentlichen WLAN-Netzes. Es gibt inzwischen Förderungsmöglichkeiten, die ausgenutzt werden sollten. **Herr Baxmann** berichtet, dass die

Punkte zur Einrichtung solcher Zonen festgelegt wurden.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde sind keine Zuhörer mehr anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer